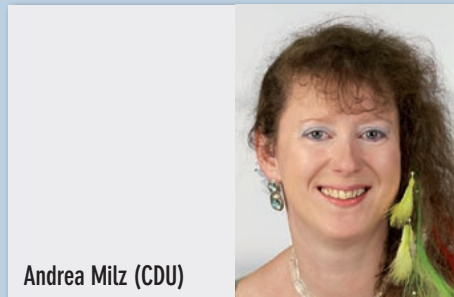


Schlag auf Schlag

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Andrea Milz (CDU)



Gerda Kieninger (SPD)

Viele Frauen vollbringen unter erheblicher Kraftanstrengung ihr persönliches Meisterstück „Beruf und Familie“. Um ihnen dies zu ermöglichen, ist es notwendig, ...

... zu der Einsicht zu gelangen, dass dies keine Aufgabe allein der Frau ist, sondern die Gesellschaft insgesamt (Politik, Arbeitgeber, Männer) gefordert ist.

... dass es eine verlässliche Kinderbetreuung gibt. Wir müssen alles dafür tun, dass wir den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz bis spätestens 2013 erfüllen. Unsere besondere Unterstützung benötigen Alleinerziehende. Gerade für sie sind familienfreundliche Arbeitszeitmodelle unverzichtbar.

Zahlreiche junge Frauen überholen ihre männlichen Zeitgenossen bei den Schul- und Studienabschlüssen. Trotzdem erreichen Sie häufig nicht die gleichen Führungspositionen. Daher muss Politik ...

... für Transparenz sorgen: Unternehmen sollten einer Berichtspflicht unterliegen, wie sie Frauen auf allen Führungsebenen fördern, damit diese ihre Möglichkeiten voll ausschöpfen können.

... dafür sorgen, dass sie auch die gleichen Karrierechancen bekommen. Faktisch stoßen sie immer noch an die „gläserne Decke“. Selbstverpflichtungen der Wirtschaft haben nichts bewirkt. Die neuen regionalen Kompetenzzentren Frau und Beruf werden dazu die passenden Wege aufzeigen.

Trotz ihrer guten Qualifikationen sind Frauen in weniger gut bezahlten Berufen überrepräsentiert. Aufgabe von Politik muss daher sein, ...

... schon jungen Mädchen in der Schule Erfahrungen mit „untypischen“ Berufen zu ermöglichen, um alternative Berufswünsche zu wecken und das Zutrauen der Mädchen, sich entsprechend zu bewerben, zu stärken.

... Mädchen schon frühzeitig bei der Berufswahlorientierung die ganze Bandbreite von Berufen und ihre Aufstiegschancen aufzuzeigen. Auf der anderen Seite müssen z.B. Sorgeberuf besser anerkannt und aufgewertet werden.

Derzeit diskutieren alle politischen Ebenen über eine mögliche freiwillige oder gesetzliche Frauenquote, etwa für die Führungsetagen börsennotierter Unternehmen oder generell für Aufsichtsräte. Aus meiner Sicht ...

... hat die Kanzlerin Recht: eine zweite Chance für die Unternehmen, Frauenförderung ernsthaft freiwillig zu verankern. Führt dies nicht zum Erfolg, wird die Quote kommen.

... hilft nur eine gesetzliche Frauenquote. Es ist gut, dass die Landesregierung hierzu einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht hat! Das weiß im Übrigen auch Frau Merkel. Unternehmen mit quotiert besetzten Aufsichtsräten sind wirtschaftlich erfolgreicher. Länder wie Norwegen haben es bewiesen.

Wissenschaftliche Studien belegen, dass weitaus mehr Frauen als Männer unter körperlicher oder seelischer Gewalt leiden oder davon bedroht sind. Die konkrete Aufgabe der Landespolitik sehe ich daher darin, ...

... die in NRW bewährten Zufluchtsstrukturen zu bewahren und Gesprächsangebote für Opfer und Täter weiterhin sicherzustellen.

... dass jede von Gewalt betroffene Frau (und ihre Kinder) eine Zuflucht und professionelle Betreuung in einem der Frauenhäuser NRWs findet. Wir wollen in einem Landesgesetz eine einheitliche Finanzierung sicherstellen.

Diesmal geht es um Frauenpolitik.

Verena Schäffer
(Grüne)



... Männern deutlich zu machen, dass sie sich an Kindererziehung und Pflege von Angehörigen gleichberechtigt beteiligen müssen. Damit sowohl Frauen als auch Männer Beruf und Familie vereinbaren können, bedarf es familienfreundlicher Arbeitszeitmodelle, mehr Kitaplätze und der Unterstützung für pflegende Angehörige.

... für Chancengleichheit von Frauen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt kämpfen. Deshalb wollen wir Frauenförderung an den Universitäten, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, ein schlagkräftiges Landesgleichstellungsgesetz und die Einführung von regionalen Kompetenzzentren Frau und Beruf.

... für die Überwindung tradierter Rollenbilder zu sorgen, damit sich das Berufswahlspektrum von Mädchen und Jungen erweitert. Fachkräfte aus Kitas, Schule und Jugendhilfe müssen hinsichtlich geschlechtersensibler Berufswahlberatung geschult und Projekte zur Förderung junger Frauen ausgeweitet werden.

... ist eine Frauenquote für Aufsichtsräte unerlässlich, denn die freiwillige Selbstverpflichtung ist nach zehn Jahren definitiv gescheitert. Deshalb begrüße ich die Bundesratsinitiative der Landesregierung zur Einführung einer gesetzlichen Frauenquote, damit Aufsichtsräte keine frauenfreien Zonen bleiben.

... die Einrichtungen im Gewaltschutzbereich zu unterstützen und auszubauen. Wir werden mit dem Haushalt 2011 die zweite Fachkraftstelle in den Frauenhäusern wieder fördern, zudem arbeiten die Regierungsfractionen an einem Gesetz zur Herstellung eines Rechtsanspruchs für betroffene Frauen auf einen Frauenhausplatz.

Ingrid Pieper-
von Heiden (FDP)



... die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern. In der Regierungsverantwortung von CDU und FDP bis 2010 wurde die Zahl der Betreuungsplätze für unter Dreijährige verachtacht. Zudem haben wir Ganztagsangebote an allen Schulformen ermöglicht. Familie ist für die FDP aber auch Männerarbeit.

... Rahmenbedingungen für geschlechtergerechte Bildungschancen und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorantreiben. Um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, setzt die FDP auch auf eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft und bessere, flexible Arbeitsformmodelle.

... Maßnahmen und Kampagnen zu initiieren und auszubauen, um Mädchen und junge Frauen für ein noch breiteres Berufswahlspektrum zu interessieren. Die letztendliche Entscheidung muss aber ihnen selbst obliegen, Interesse und persönliches Engagement kann und darf man niemandem aufzwingen.

... ist eine gesetzliche Frauenquote der falsche Weg. Eine Quote schürt Vorurteile, auch gegen die Frauen, die ohne Quotenregelung ihren Weg gemacht hätten oder gemacht haben. Die FDP will gut ausgebildete, selbstbewusste, erfolgreiche Frauen in den Unternehmen, die keiner Quote für ihren Erfolg bedürfen.

... die Bürger für das Thema zu sensibilisieren. Nur wenn hier alle zusammen agieren, kann effektive, schnelle Hilfe geleistet werden. Zudem muss es das gesellschaftliche Ziel sein, junge Menschen zu starken Persönlichkeiten zu erziehen, die nicht Opfer, aber auch nicht Täter werden.

Hamide Akbayir (Linke)



... die überholten Mutterbilder, Rollenmuster und Denkweisen der „old boys networks“ über Bord zu werfen und endlich geschlechter- und lebensgerechte Arbeits- und Betriebsstrukturen sowie qualitative Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu schaffen, die es Frauen und Männern erlauben, beruflichen Alltag, Familie und kulturelle und politische Entwicklung aktiv zu leben.

... ihrem verfassungsgemäßen Auftrag (Artikel 3, Absatz 2, GG) nachkommen und die bestehenden Benachteiligungen durch die „gläserne Decke“ auf den Arbeitsmärkten durchbrechen: durch verbindliche Quotenregelungen, die allen beispielsweise „BerufsanfängerInnen“ im öffentlichen Dienst sowie in der Privatwirtschaft gleiche Aufstiegschancen ermöglichen.

... eine vormals frühindustrielle Einteilung von sogenannten „Frauenarbeitsplätzen“ und „Männerarbeitsplätzen“ endgültig zu verlassen und Arbeitsplätze zeitgemäß und den Anforderungen entsprechend zu bewerten und zu entlohnen. Darüber hinaus sollte aber die gesamtgesellschaftlich notwendige Arbeit beachtet und aufgewertet werden.

... ist es widersinnig, dass in der Wirtschaft über Fachkräftemangel geklagt wird und demgegenüber ein starkes Leistungsvermögen von hochqualifizierten Frauen „verkümmert“. Allerdings darf der Aufschrei einer kleinen Minderheit hochgebildeter, weißer, gut bürgerlicher und gesunder Frauen nicht über die frauenspezifischen Probleme in neoliberalen Gesellschaften hinwegtäuschen.

... die gesetzlichen Regelungen dafür zu schaffen, dass Frauen und Kindern ein Anspruch auf eine einzelfallunabhängige und bedarfsgerechte Finanzierung eines Schutzraums gewährt wird. Daneben müssen Präventions- und Informationsangebote auf allen Ebenen miteinander verankert werden.